

Zielsetzung

Der afrikanische Kontinent gewinnt an strategischer Bedeutung. Bevölkerungsdynamik, Urbanisierung, wirtschaftliche Entwicklung, geopolitische Verschiebungen und das steigende Gewicht afrikanischer Staaten in multilateralen Foren wirken direkt auf österreichische Interessen in den Bereichen Sicherheit, wirtschaftliche Resilienz, Energie- und Rohstoffversorgung, Lieferketten, Migration sowie Gesundheits-, Klima- und Umweltfragen. Gleichzeitig verschärft sich der Wettbewerb um Partnerschaften, Märkte und Einfluss. Vor diesem Hintergrund setzt die Strategie auf Fokussierung, Kohärenz sowie den wirksamen Einsatz und die Weiterentwicklung bestehender Instrumente.

Österreich erkennt Afrika als Zukunftsmarkt, wichtigen Partner für Migration und Sicherheit und geopolitisch relevanten Kontinent im Wettbewerb mit anderen globalen Akteuren an. Wir wollen Afrikas wachsender Bedeutung mit einem „Whole-of-Austria“-Ansatz Rechnung tragen. Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sind eine auf gegenseitigem Respekt beruhende, gleichberechtigte Partnerschaft sowie die Kenntnis und Berücksichtigung der jeweiligen kulturellen und historischen Aspekte unerlässlich.

Die Afrikastrategie basiert auf Konsultationen, in deren Rahmen sich die Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten bei afrikanischen Regierungen, Regionalorganisationen, den Vereinten Nationen, der Zivilgesellschaft, den Sozialpartnern, Unternehmen und Universitäten über deren Erwartungen und Wünsche bezüglich des neuen strategischen Rahmendokuments für die Partnerschaft Österreich-Afrika informierte.

Afrikastrategie 2026 – 2029

Die Afrikastrategie definiert einen gesamtösterreichisch abgestimmten multidimensionalen und multisektoralen Orientierungs- und Handlungsrahmen zur Förderung langfristiger, respektvoller und gleichberechtigter Partnerschaften mit den Ländern des afrikanischen Kontinents. Sie bündelt bestehende außen-, sicherheits-, entwicklungs-, wirtschafts-, klima-, kultur-, bildungs- und wissenschaftspolitische Aktivitäten, ordnet sie strategisch und stärkt die Abstimmung zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor.

Das Ziel besteht darin, in Umsetzung der Agenda 2030, nachhaltige Entwicklung und Stabilität zu gestalten, um langfristig positive Entwicklungen auf beiden Seiten zu gewährleisten. Die Maßnahmen zur Umsetzung der Afrikastrategie sollen im Hinblick auf eine koordinierte und abgestimmte Präsenz Österreichs kohärent umgesetzt werden. Die Kooperation wird auf jene Schnittmengen ausgerichtet, in denen nationale Interessen und Partnerprioritäten afrikanischer Staaten zusammenfallen und umsetzbare Vorhaben möglich sind.

Die politische Grundlage bildet der Ministerratsvortrag vom 1. Oktober 2025 und das Regierungsprogramm „Jetzt das Richtige Tun. Für Österreich. Regierungsprogramm 2025-2029“. Hinzu kommen das Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit (EZA-G), das Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik, die österreichische Sicherheitsstrategie, die Strategie der humanitären Hilfe Österreichs, die Industriestrategie Österreich 2035, die Außenwirtschaftsstrategie, die österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel und die Wasserstoffstrategie für Österreich sowie die Regionenpolitik Afrika des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV).

Ziele der Strategie

- stabile und verlässliche politische Beziehungen zu den Partnerländern vertiefen,
- wirtschaftlich tragfähige und langfristige Partnerschaften auf Augenhöhe aufbauen,
- Beiträge zu Sicherheit, Stabilität und Resilienz leisten,
- Kompetenzen und Instrumente dort einsetzen, wo sie nachweisbare Wirkung entfalten.

Die Afrikastrategie ist als ein lebendiger und lernender Prozess konzipiert und gliedert sich in einen Executive Summary und einen Durchführungsteil.

Executive Summary

Die Afrikastrategie basiert auf einer langjährigen partnerschaftlichen Beziehung Österreichs zu den afrikanischen Staaten und baut auf vier Prämissen auf:

- a) Koordination der österreichischen Maßnahmen mit einem Fokus auf die Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor;**
- b) Österreich und seine afrikanischen Partnerländer bekräftigen ihren Respekt für die internationale regelbasierte Ordnung und die universellen Menschenrechte und legen gleichzeitig Priorität auf die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung. Dies erfordert eine strukturelle Änderung des ‚Geber-Empfänger-Modells‘ hin zu gleichberechtigten Partnerschaften, bei denen österreichische und afrikanische Eigeninteressen transparent gemacht werden.**
- c) eine ergebnisorientierte Denkweise in allen Phasen, von der Planung und Umsetzung von Maßnahmen bis hin zur Evaluierung und Rechenschaftspflicht.**
- d) Nutzung der Partnerschaft der Afrikanischen Union (AU) und der Europäischen Union (EU), der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, der VN-Klimarahmenkonvention sowie der Agenda 2063 der AU für die sozioökonomische Transformation des Kontinents über 50 Jahre (2013–2063): *‘The Africa We Want’ - Africa’s strategic framework for transforming the continent into a global powerhouse* als strategische Referenzrahmen.**

Die Partnerschaft soll in vier Schwerpunktbereichen messbare Resultate erzielen:

1. Stabilität, Sicherheit & Resilienz

Ziel ist die Stärkung staatlicher Handlungsfähigkeit, präventive Stabilisierung und institutionelle Resilienz, ohne flächendeckendes Sicherheitsmanagement; Beiträge auf der Grundlage internationaler Mandate:

- Konfliktprävention und Stabilisierung (Missionen der EU und der Vereinten Nationen (VN), zivile Expertise, Mediation);
- Vertiefung der Zusammenarbeit mit der AU und den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (RECs) als Säulen für das angestrebte African Continental Free Trade Area (AfCFTA) sowie mit Akteuren der Friedenssicherung und Konfliktlösung;
- Demokratische Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit (Institutionenpartnerschaften, Korruptionsbekämpfung, regulatorische Rahmen);
- Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, Krisenvorsorge und Friedenssicherung (Humanitarian-Development-Peace-Nexus/ HDP-Nexus), Resilienz, Schutzwirkung, Frühwarnung, Katastrophenschutz, Gesundheits- und Ernährungssicherheit);
- Regionale Sicherheitskooperation und multilaterale Abstimmung (selektive Schwerpunkregionen, EU/VN-Koordination).

2. Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Märkte verschränken, Wertschöpfung beidseitig sichern, grüne Chancen nutzen

Die Zielsetzung besteht in der Förderung eines sowohl ökologisch als auch sozial nachhaltigen Wirtschaftswachstums afrikanischer Staaten sowie der Absatz- und Beschaffungsmarktdifferenzierung österreichischer Unternehmen. Der Fokus liegt auf den österreichischen Kompetenzfeldern (Wasser, Energie/Umwelttechnik, Infrastruktur/Ingenieurwesen, Berufsbildung, Verwaltungsmodernisierung, ausgewählte Digitalisierung). Partnerprioritäten afrikanischer Staaten und regionaler Organisationen umfassen Wachstum und Industrialisierung, Beschäftigung, Infrastruktur- und Versorgungsausbau, Zugang zu Finanzierung/Technologie/Know-how, Institutionenstärkung, regionale Integration sowie Klima- und Umweltanpassung. Kooperation wird dort verfolgt, wo Überschneidungen bestehen, Umsetzung realistisch ist und Österreich glaubwürdig wirken kann.

Dabei ist insbesondere die lokale Wertschöpfung in den Partnerländern von zentraler Bedeutung. Investitionen sollen auch die lokale Beschäftigung unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, nachhaltige Produktion und regionale Klein- und Mittelbetriebe fördern.

Wir wollen den österreichischen Unternehmen dabei helfen, die mit dem Markteintritt in Afrika verbundenen Geschäftschancen wahrzunehmen und Risiken besser zu bewältigen. Ein Ziel ist die Ortung und bessere Nutzung von Geschäfts- und Kooperationsmöglichkeiten zum beiderseitigen Vorteil, die sich i) aus der Entwicklung von Demographie und Kaufkraft in den unterschiedlichen afrikanischen Ländern; ii) der anstehenden Industrialisierung in einzelnen Ländern; iii) der Notwendigkeit zur Schließung der Infrastrukturlücke; iv) Afrikas Ressourcenreichtum und Herausforderungen des Klimawandels; und v) der technologischen und digitalen Entwicklung ergeben.

Die Zusammenarbeit trägt im Sinne der Österreichischen Sicherheitsstrategie zur Reduktion einseitiger Abhängigkeiten und zur wirtschaftlichen Kooperation bei. Dies erfolgt durch eine Marktdiversifizierung. Investitionen, Handel, Infrastruktur- und Industriepartnerschaften sollen die lokale Wertschöpfung und die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer und afrikanischer Unternehmen stärken.

3. Migration und Mobilität

Ziel ist ein umsetzungsorientierter Ansatz mit den Stoßrichtungen Ordnung, Steuerungsfähigkeit und planbarer Mobilität: wir wollen irreguläre und illegale Migration eindämmen, legale qualifikationsorientierte Wege aufzeigen und Kooperationen verlässlich gestalten. Österreich braucht legale Migration für den Arbeitsmarkt, insbesondere mittels qualifikationsorientierter Mobilität von Hochqualifizierten, orientiert am Bedarf des österreichischen Arbeitsmarkts. Gleichzeitig muss ein Brain-Drain als Konsequenz der Anwerbung ausländischer Fachkräfte vermieden werden.

- Minderung von Fluchtursachen und Ermöglichung der raschen Rückkehr in den Herkunftsstaat. Dafür müssen die Zusammenarbeit mit Herkunfts-, Erstaufnahme- und Transitländern durch umfassende gesamtstaatliche Partnerschaften auf Augenhöhe zu beiderseitigem Nutzen gestärkt werden;
- Dies erfordert neue migrations- und rückübernahmebezogene Vereinbarungen zusätzlich zur bestmöglichen Umsetzung bestehender Instrumente sowie neue innovative Lösungen der

externen Migrationspolitik und Beiträge zur Stabilisierung. Die Rückführungswirksamkeit soll gesteigert, Schutzkapazitäten vor Ort ausgebaut und Möglichkeiten für qualifikationsorientierte Mobilität aufgezeigt werden.

- Stärkung von Asyl- und Aufnahmekapazitäten sowie Perspektiven vor Ort insbesondere in Erstaufnahmestaaten, konsequente Bekämpfung der Schlepperei und Investitionen in Grenzschutz sowie in Verhinderung des Missbrauchs von legalen Migrationswegen.
- Die dauerhafte oder befristete Arbeitsmigration von Fachkräften, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken sowie gezielte Austauschprogramme zum Kompetenzaufbau und zur Vernetzung.

4. Bildungs- und Wissenschaftskooperation, kulturelle Zusammenarbeit und Umweltschutz

Die Afrikastrategie zielt auf eine Stärkung der Bildungs- und Wissenschaftskooperation ab, sowohl im Bereich der beruflichen Bildung als auch im Bereich der Hochschulbildung, wie dem Africa-UniNet. Mit dieser Zusammenarbeit sollen Internationalisierung, kultureller und intellektueller Austausch intensiviert werden, sowie mehr Chancengerechtigkeit und Perspektiven für die Jugend geschaffen werden, und damit gleichzeitig Frauen und Mädchen gefördert sowie Armut bekämpft werden. Dabei soll niemand zurückgelassen werden und dem Thema Inklusion die notwendige Bedeutung eingeräumt werden. Besondere Bedeutung kommt dabei der Zusammenarbeit mit den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) zu. Die Partnerschaftsarchitektur wird durch EU/AU-Formate und IFIs gestärkt. Dazu dienen insbesondere die Errichtung von spezifischen Projekten, Partnerschaften und Kompetenzzentren im Bereich der dualen Ausbildung, die mit Unternehmensprojekten eng verzahnt werden, und die praxisnahe Forschung (z.B. Wasser, Energie, Gesundheit, Digitalisierung) sowie qualifizierte Mobilitäts- und Stipendienprogramme.

Im Bereich Kunst und Kultur soll die Afrikastrategie Kooperationsprojekte und gemeinsame Kunstprojekte sowie Projekte zur Förderung des Kulturgüterschutzes forcieren. Auch soll die Zusammenarbeit bei der wissenschaftlichen Provenienzforschung der in österreichischen Museen und Universitäten verwahrten afrikanischen Kunst- und Kulturgüter, sowie Diskussion um Umgang mit diesen Artefakten, gefördert werden.

Weiters soll der Kampf gegen den Klimawandel und seine Auswirkungen, sowie für den Schutz von Umwelt und Biodiversität verstärkt und die Resilienz von Menschen und Wirtschaft erhöht werden und eine Priorität auf Klima und Energie, konkret auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz und nachhaltige Technologien gelegt werden; funktionsfähige Infrastruktur und verlässliche Energie- und Versorgungssysteme sind zentrale Voraussetzungen für Investitionen, Produktion und gesellschaftliche Stabilität. Infrastrukturkooperation wird daher als wirtschafts- und standortpolitisches Instrument verstanden.

Umsetzung der Afrikastrategie

Die Afrikastrategie wird die Position eines/einer Afrikabbeauftragten im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) einführen, der die Operationalisierung der Strategie vorantreiben soll. Bei der Umsetzung der Strategie soll auf bestehende Expertise in den Ministerien zurückgegriffen werden und der/die Afrikabbeauftragte soll regelmäßig Umsetzungsberichte mit Kennzahlen zu Migration, Wirtschaft und Stabilität vorlegen. Die Finanzierung erfolgt durch die gezieltere Verwendung bereits vorhandener Mittel und durch punktuelle Schwerpunktsetzungen im Rahmen der Budgetpfade im Einvernehmen mit dem BMF.

Für die Umsetzung durch die Bundesregierung und im Sinne einer verstärkten politischen Kohärenz wird eine interministerielle Abstimmungsplattform unter Einbeziehung der Interessenvertretungen im BMEIA eingerichtet.

Afrikastrategie 2026 – 2029

Durchführungsteil

Inhalt

Executive Summary	2
1 Österreich – Afrika	6
Die Partnerschaft im EU- und internationalen Rahmen.....	7
2 Schwerpunkte der österreichischen Afrikastrategie.....	9
2.1 Stabilität, Sicherheit und Resilienz	9
2.2 Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Märkte verschränken, Wertschöpfung beidseitig sichern, grüne Chancen nutzen	12
2.3 Migration und Mobilität	16
2.4 Bildungs- und Wissenschaftskooperation, kulturelle Zusammenarbeit und Umweltschutz	18
3 Umsetzung und Evaluierung	23
Der Strategieprozess.....	23

1 Österreich – Afrika

Afrika ist mit seiner jungen und dynamischen Bevölkerung ein Zukunftskontinent. Ein prosperierendes Afrika, ein Afrika, in dem Frieden und Sicherheit herrscht und das sich dynamisch und nachhaltig entwickelt, ist im Interesse Österreichs, der EU sowie der internationalen Gemeinschaft. Gleichzeitig betreffen Krisen und Konflikte in Afrika Österreich unmittelbar, während kriegerische Auseinandersetzungen in Europa und seiner Nachbarschaft wiederum Auswirkungen auf Afrika haben. Nur über einen gemeinsamen Ansatz mit unseren afrikanischen Partnern können wir unsere wechselseitigen außen- und entwicklungspolitischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen verfolgen und zu Stabilität, nachhaltiger ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, insbesondere zur Erreichung der Agenda 2030 der VN mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs), dem Programme for Infrastructure Development in Africa (PIDA) und der Agenda 2063 der Afrikanischen Union (AU) sowie der Global-Gateway-Initiative der EU zur Stärkung der Resilienz in Afrika beitragen. Darüber hinaus wird Geschlechtergleichstellung als Querschnittsthema verankert, da sie zur nachhaltigen Entwicklung und Stabilität maßgeblich beiträgt.

Die aktuelle geopolitische Landschaft ist von tiefgehenden ökonomischen, demographischen, ökologischen und technologischen Transformationen geprägt. Die Auswirkungen des Klimawandels und des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine sowie des militärischen Konflikts im Nahen Osten verschärfen die Ernährungsunsicherheit.

Österreich kann auf ein jahrzehntelanges Engagement in Afrika zurückblicken, politisch, diplomatisch, wirtschaftlich, und kulturell:

Österreichische Unternehmen betreiben seit Jahrzehnten Handel mit afrikanischen Ländern und sehen Afrika zunehmend als wichtigen Wirtschaftspartner. Die dynamisch wachsenden afrikanischen Gesellschaften bilden ein enormes Potenzial, um bilateralen Handel und Investitionen mittel- und langfristig deutlich zu steigern. Dazu benötigen österreichische Unternehmen einen planbaren Marktzugang, auch um Exporte zu diversifizieren und Lieferketten zu mobilisieren. Besondere Chancen bieten sich für österreichische Unternehmen in den Bereichen Infrastruktur, Wassermanagement, Umwelttechnologien („grüne Batterien“/Pump-Speichertechnologie), erneuerbare Energien inklusive grüner Wasserstoff, Gesundheit, Industriezulieferungen inklusive dem Automobilsektor, Nahrungsmittel und digitale Lösungen.

Im Rahmen von „International Partnerships Austria“ ist Österreich auf der Basis des österreichischen Entwicklungszusammenarbeitsgesetzes (EZA-G) ein langjähriger verlässlicher Partner Afrikas für alle Maßnahmen des Bundes, die geeignet sind, die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Partnerländer zu fördern oder eine Beeinträchtigung dieser Entwicklung hintanzuhalten. Konkrete Zielsetzungen sind die Bekämpfung der Armut, die Sicherung des Friedens und der Erhalt der Umwelt. Besondere Bedeutung kommt dabei der Zusammenarbeit mit den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) zu. Die Anhebung der ODA-Quote auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens bleibt ein Ziel.

Durch präventive und antizipierende Stabilisierungsmaßnahmen sowie humanitäre Unterstützungsleistungen werden gemäß der Strategie der humanitären Hilfe Österreichs die gravierenden Folgen bewaffneter Konflikte, des Klimawandels, von Naturkatastrophen, geopolitischer Krisen, Flucht und Migration sowie globaler Gesundheitsbedrohungen gelindert. Eine

enge Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich im Sinne des „One Health“-Ansatzes ist von zentraler Bedeutung, insbesondere hinsichtlich der Prävention von Pandemien und Epidemien.

Eine zentrale Rolle im österreichischen Engagement spielt die Beteiligung der Zivilgesellschaft. Dieser kommt eine Mehrfachrolle als Demokratieakteurin, Menschenrechtswächterin, Frühwarninstanz und operative Umsetzungspartnerin von Programmen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe zu. Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe sind wesentliche Bestandteile einer gesamtstaatlichen Außenpolitik und stellen in der Zusammenarbeit mit Partnerländern einen zentralen Anker dar. Humanitäre Hilfe muss dabei prinzipiengeleitet bleiben. Zugleich stärkt diese Strategie den operativen HDP-Nexus, indem die Verknüpfung von Hilfe, Entwicklung und Friedensförderung durch flexible, langfristige Finanzierungsinstrumente und adaptive Ansätze unterstützt wird. Die Verwendung österreichischer EZA-Mittel beinhaltet eine Fokussierung auf das Thema Migration mit dem Ziel, dass Menschen nicht gezwungen sind, ihre Heimat verlassen zu müssen. Unsere Hilfe vor Ort ist an die Knüpfung von EZA-Mitteln an die Erreichung von gemeinsamen Zielen mit Partnerländern gebunden.

Durch die Teilnahme an friedenserhaltenden Operationen und Ausbildungsmissionen sowie bilateraler Maßnahmen der Beratung von Partnerstaaten leistet Österreich einen wichtigen Beitrag zu Sicherheit und Stabilität in afrikanischen Krisenregionen.

Bereits jetzt ist Österreich in den Bereichen Frieden und Sicherheit mit strategischen Projekten und Programmen tätig. Dazu zählt auch die Unterstützung für die Kooperation mit Afrika im VN-Bereich, wo viele afrikanische Staaten traditionell starke Truppensteller in VN-Missionen sind.

Auch die Bereiche Bildung, Wissenschaft, Dialog, Kultur und Umweltschutz stellen wichtige Aspekte der Zusammenarbeit dar, in denen bereits langfristige und nachhaltige Beiträge zur Kapazitätsentwicklung geleistet werden, etwa durch akademische Mobilitäts- und Stipendienprogramme.

Österreich verfolgt bereits einen „Whole-Of-Route“-Ansatz, der vorsieht, dass Fluchtursachen durch Hilfe vor Ort gemindert, irreguläre und illegale Migration reduziert, Asyl- und Aufnahmekapazitäten vor Ort gestärkt, Schlepperei konsequent bekämpft und zugleich legale Migrationsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Schließlich bestehen auch enge persönliche Beziehungen zwischen Österreich und Afrika, was sich nur in der wachsenden Gruppe von Auslandsösterreicherinnen und -österreichern in Afrika, sondern auch der afrikanischen Diaspora in Österreich widerspiegelt. Beide Gruppen sind wichtige Brückenbauerinnen zwischen den Kontinenten.

Die Partnerschaft im EU- und internationalen Rahmen

Die österreichische Afrikastrategie ist in den bestehenden internationalen und EU-Rahmen eingebettet. Sie orientiert sich unter anderem an den Ergebnissen der Gipfeltreffen zwischen der EU und der AU sowie dem Global-Gateway-Investitionspaket der EU für Afrika. Dabei wird mit dem „Team Europe-Ansatz“ ein gemeinschaftliches Vorgehen verfolgt und Finanz- und Entwicklungsinstitutionen sowie Exportkreditagenturen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten werden einbezogen.

Das Ziel, von 2021 bis 2027 300 Milliarden Euro zu mobilisieren, wurde bereits erreicht. Das neue Ziel der Europäischen Kommission ist die Mobilisierung von insgesamt 400 Milliarden Euro bis 2027.

Vom ursprünglichen Investitionsziel in Höhe von 300 Milliarden Euro (2021 bis 2027) ist mit 150 Milliarden Euro die Hälfte für Afrika vorgesehen. Die EU und die AU stimmen ihre Vorhaben eng miteinander ab.

Die österreichische Afrikastrategie leistet außerdem einen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 der VN mit ihren 17 SDGs. Ebenso trägt diese Strategie zur Umsetzung des Pariser Abkommens der VN zum Klimaschutz bei.

Im internationalen Rahmen setzt sich Österreich gemäß seinen allgemeinen außenpolitischen Prinzipien konsequent für die Geltung der VN-Charta, die Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, die Achtung und Förderung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts und dabei insbesondere für die rechtliche, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung von Frauen ein.

In der Rolle als einer der vier VN-Amtssitze und Sitzstaat zentraler internationaler Organisationen in Wien sowie Gastgeber zahlreicher internationaler Verhandlungen und Konferenzen bekennt sich Österreich zur Förderung eines effektiven Multilateralismus auf der Grundlage der VN-Charta. Die in Wien angesiedelten Organisationen, die wichtige Programme und Projekte in Afrika durchführen, werden weiterhin aktiv unterstützt. Seit 2025 gibt es mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung eine weitere, europäische internationale Finanzinstitutionen (IFI), die in Afrika südlich der Sahara operationell tätig ist, und wie die Afrikanische Entwicklungsbankgruppe und die Weltbankgruppe wichtiger Partner für Österreichs multilaterale Aktivitäten ist.

2 Schwerpunkte der österreichischen Afrikastrategie

Die Afrikastrategie konzentriert sich auf vier Schwerpunktbereiche, in denen konkrete Maßnahmen und Aktivitäten gesetzt werden sollen:

1. Stabilität, Sicherheit und Resilienz
2. Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Märkte verschränken, Wertschöpfung beidseitig sichern, grüne Chancen nutzen
3. Migration und Mobilität
4. Bildungs- und Wissenschaftskooperation, kulturelle Zusammenarbeit und Umweltschutz

Diese sollen Impulse für neue maßgeschneiderte Partnerschaften auf Augenhöhe zum gegenseitigen Vorteil im privaten und öffentlichen Bereich geben, um die nachhaltige Entwicklung auf beiden Kontinenten zu intensivieren. Die Afrikastrategie wird bei der Umsetzung gezielt auf länderspezifische Herausforderungen eingehen.

2.1 Stabilität, Sicherheit und Resilienz

Die Maßnahmen Österreichs in Afrika sind stets in die Aktivitäten internationaler und vor allem europäischer Akteure in der Region eingebettet. Österreich konzentriert sich auf klar definierte Aufgabenfelder, in denen fachliche Kompetenz und institutionelle Stärke eingebracht werden können.

Neben dem bilateralen Ansatz ist die Mitwirkung an Maßnahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU sowie an friedenssichernden Maßnahmen der VN in Afrika ein wesentliches Element der strategischen Überlegungen, basierend auf den Kapazitäten und Zielsetzungen des Österreichischen Bundesheeres und des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) sowie anderer Fachressorts.

Um der Ausbreitung extremistischer Gruppen entgegenzuwirken und für eine nachhaltige Stabilisierung zu sorgen, sind neben dem Kapazitätenaufbau nationaler Sicherheitskräfte auch die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und die Förderung von wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Kohäsion und Teilhabe am politischen Prozess unerlässlich.

Im Einklang mit der österreichischen Sicherheitsstrategie, der Strategie der humanitären Hilfe Österreichs sowie dem Humanitarian-Development-Peace-Nexus (HDP-Nexus) nutzt Österreich sicherheitspolitische, entwicklungspolitische und humanitäre Instrumente in einem integrierten Ansatz. Als zentrales Instrument der österreichischen humanitären Hilfe leistet der Auslandskatastrophenfonds einen aktiven Beitrag zur Stabilität und Schaffung von Perspektiven vor Ort.

Das Kriseninstrumentarium der EU umfasst einerseits Missionen und Operationen in Afrika und andererseits die Unterstützung von Staaten in Afrika beim Kapazitätenaufbau und der Stärkung ihrer Resilienz mit den Mitteln der Europäischen Friedensfazilität (EFF) und des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit (NDICI) der EU. Österreich bringt sich bei der Nutzung dieser Instrumente solidarisch und mitgestaltend ein.

In vielen afrikanischen Ländern leiden Menschen unter chronischer Armut. Diese beeinträchtigt die Sicherheit und Stabilität, indem sie soziale und politische Spannungen nährt und den Staat in seiner Fähigkeit einschränkt, Grundbedürfnisse seiner Bevölkerung zu sichern und Konflikte zu verhindern. Hitzewellen, Überschwemmungen, Wirbelstürme, Dürren und der Anstieg des Meeresspiegels und andere Auswirkungen des Klimawandels verschärfen Armut, Unterernährung, Ausbreitung von Krankheiten und Sachschäden und betreffen insbesondere Frauen und Mädchen. Sie führen vermehrt zu Verlusten von Menschenleben, Konflikten in der Bevölkerung sowie zu verstärkter Migration.

Um die Gesellschaften widerstandsfähiger gegen all diese Herausforderungen zu machen, unterstützt Österreich den Aufbau und inklusiven Zugang zu sozialer Sicherung, klimaneutrale Energieversorgung, die Sicherung des Rechts auf (Trink-)Wasser- und Sanitärversorgung, resiliente Formen der Nahrungsmittelversorgung und leistungsfähige Gesundheitssysteme einschließlich des aus gleichstellungspolitischer Perspektive wichtigen Aspekts sexueller und reproduktiver Rechte.

Österreich richtet sein Engagement vorrangig auf die Stärkung staatlicher Handlungsfähigkeit, präventive Stabilisierung und institutionelle Resilienz aus.

Unter der Priorität „Stabilität, Sicherheit & Resilienz“ wird Österreich verstärkt

- mit ausgewählten Partnerländern maßgeschneiderte Stabilitätspartnerschaften entwickeln und das Zusammenspiel der angewandten Instrumente umfassend evaluieren;
- Initiativen zur Friedensförderung und Maßnahmen der Konfliktverhütung, des Dialogs, der Mediation sowie des Friedensaufbaus (peacebuilding) unter besonderer Beachtung der Rolle von Frauen als zentrale Akteurinnen für nachhaltige Friedensprozesse im Sinne der VN-Resolution 1325 unterstützen und selbst Aktivitäten in diesen Bereichen setzen, auch in Form von Projekten der Mediationsfazilität im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA);
- substanzielle Beiträge zum Krisen- und Konfliktmanagement in Afrika, durch die Beteiligung an VN- und/oder EU-mandatierten, zivilen und militärischen Missionen und Operationen zum Zwecke der Krisenprävention und Stabilisierung leisten;
- bei seinen Kooperationen verstärkt die Abstimmung internationaler Missionen mit afrikanischen Missionen anstreben, um Synergien mit afrikanischen Partnern zu erreichen;
- komplementär zur Beteiligung an Missionen und Operationen, bilaterale und multi-nationale Übungs-/Ausbildungsmaßnahmen sowie Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen (einschließlich finanzieller Beiträge) für afrikanische Partnerländer setzen und diese durch Beiträge im Rahmen der EFF sowie anderer EU- und multilateraler Fonds stärken;
- an multilateralen Plattformen und Initiativen zur Bekämpfung des globalen Terrorismus wie der Globalen Koalition gegen Da'esh teilnehmen und dabei die internationale Zusammenarbeit, die Stabilisierung der Sicherheitslage und die Prävention von Radikalisierung und Extremismus am afrikanischen Kontinent gemeinsam mit afrikanischen Partnern fördern;
- das Engagement zum HDP-Nexus sowie Schutz und Migration substanziell verstärken und gesamtstaatlich koordiniert zum Einsatz bringen;
- durch kontinuierliche, partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den wichtigsten Empfängerländern der Entwicklungsleistungen zur Armutsbekämpfung, Sicherung von Frieden und menschlicher Sicherheit, Minderung der Migrationsursachen, Erhaltung der Umwelt und

Umgang mit natürlichen Ressourcen wie Wasser und damit zum Aufbau von Kapazitäten und zur Stärkung der Resilienz der Menschen, insbesondere vulnerabler Gruppen, und Staaten beitragen. Besondere Bedeutung kommt dabei den LDCs zu;

- nachhaltige Innovationen in der Landwirtschaft fördern unter Berücksichtigung des Wasser-Ernährung-Energie-Ökosystem-Nexus, um die Ernährungssicherheit in Afrika zu erhöhen; Landrechte in Form von gleichberechtigtem Zugang zu Land sind als Grundlage nachhaltiger Entwicklung von zentraler Bedeutung. Die Stärkung kleinbäuerlicher und lokaler Ernährungssysteme, der gleichberechtigte Zugang zu Wasser und Saatgut, Klimaresilienz und Biodiversität, sowie gezielte Förderung von Frauen und Mädchen als zentrale Akteurinnen spielen dabei eine Schlüsselrolle;
- einen besonderen Fokus auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit von vulnerablen, marginalisierten und diskriminierten Gruppen legen und sie als wichtige Akteurinnen und Akteure systematisch miteinbeziehen und fördern, da sie bei Krisen unverhältnismäßig stark betroffen sind. Dies betrifft insbesondere Frauen und Mädchen, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Kinder, Jugendliche und ethnische und religiöse Minderheiten. Eine Stärkung von Inklusion ist, wie auch im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik festgeschrieben, aktiv voranzutreiben.
- durch kontinuierliche Unterstützung der Arbeit der Internationalen Finanzinstitutionen (IFI) die Ursachen aller Arten von Fragilität bekämpfen und die Widerstandsfähigkeit der Menschen und Staaten in Afrika gegenüber Krisen stärken;
- durch verlässliche humanitäre Hilfe vor Ort insbesondere auch die Versorgung von Geflüchteten und Binnenvertriebenen, die Absicherung grundlegender menschlicher Bedürfnisse (inklusive Maßnahmen im Bereich Nahrungsmittelhilfe) gewährleisten und diese enger mit der Entwicklungszusammenarbeit verknüpfen, unter anderem durch einen verstärkten Fokus des Auslandskatastrophenfonds auf humanitäre Krisen in Afrika;
- gesamtstaatliche Lagebilder und Risikoanalysen erstellen bzw. nutzen und verstärkt antizipierende sowie präventive Maßnahmen der humanitären Hilfe fördern;
- afrikanische Partnerländer in ihren Bemühungen um Demokratisierung und Informationsintegrität unterstützen und gestützt auf das Netzwerk und die Zusammenarbeit innerhalb der Team Europe Democracy Initiative gemeinsam gegen schleichende oder disruptive Autokratisierung vorgehen;
- afrikanische Partnerländer beim Aufbau von und Zugang zu inklusiven Sozialschutzsystemen unterstützen;
- afrikanische Partnerländer dazu einladen, den einschlägigen Übereinkommen zur strafrechtlichen Zusammenarbeit des Europarates beizutreten;
- sich für die Umsetzung eines stabilen und vorhersehbaren Rechtsrahmens in den Bereichen Geldwäsche, Korruption und grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Übereinkommen der VN gegen Korruption/UNCAC und Übereinkommen der VN gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität/UNTOC) im Rahmen des in Wien angesiedelten UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA) einsetzen.

2.2 Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Märkte verschränken, Wertschöpfung beidseitig sichern, grüne Chancen nutzen

Nachhaltige Entwicklung, Beschäftigung und wirtschaftliche Perspektiven in afrikanischen Partnerländern sowie Diversifizierung, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich sind wechselseitig voneinander abhängig.

Österreich verfolgt daher einen partnerschaftlichen Ansatz, der Marktzugang, Investitionen, Infrastrukturentwicklung, industrielle Wertschöpfung, Qualifizierung und Innovation systematisch miteinander verbindet. Ziel ist der Aufbau tragfähiger wirtschaftlicher Beziehungen, die lokale Beschäftigung unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und Produktion stärken und zugleich stabile Märkte, Lieferketten und Beschaffungsquellen für Österreich schaffen. Dabei ist insbesondere die lokale Wertschöpfung in den Partnerländern von zentraler Bedeutung. Staatliche Förderungen, Garantien und Wirtschaftspartnerschaften müssen an klare soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards geknüpft sein. Im Vordergrund stehen jene Bereiche, in denen österreichische Unternehmen, Technologien und institutionelle Kompetenzen konkrete Beiträge leisten können und in denen sich klare gemeinsame wirtschaftliche Interessen ergeben.

Der afrikanische Kontinent durchläuft eine Phase der raschen Urbanisierung, Industrialisierung und Digitalisierung. Zur Stärkung des Privatsektors sind Infrastrukturinvestitionen nötig, insbesondere für den Übergang zu einer dekarbonisierten Wirtschaft, den Ausbau nachhaltiger Verkehrslösungen und den Ausbau von und Zugang zu erneuerbaren Energie-, Umwelt- und Klimatechnologien.

Um beidseitig nutzbringende Partnerschaften einzugehen, zur Schließung der weltweiten Investitionslücke beizutragen und wertebasierte, hochwertige und transparente Infrastrukturpartnerschaften voranzutreiben, hat die Europäische Kommission die Global-Gateway-Initiative ins Leben gerufen. Mit ihren fünf Investmentprioritäten (digitale Vernetzung; nachhaltige Transportnetze; erneuerbare Energie, Klimaschutz und Klimaresilienz; globale Gesundheit und verlässliche pharmazeutische Lieferketten; Bildung und Wissenschaft) eröffnen sich auch große Chancen und Möglichkeiten für die international anerkannte österreichische Expertise in diesen Bereichen.

Im Bereich der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Österreich die Schaffung und Sicherung von Lebensgrundlagen durch Förderung der lokalen Wirtschaft. Ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist Basis jeder Armutsbekämpfung

2025 erreichten die österreichischen Exporte nach Afrika rund 2,3 Milliarden Euro und die Importe einen Wert von 2,4 Milliarden Euro. Die Rohstoffimporte (insbes. fossile Energieträger) sind dominierend. Besondere Exportchancen bieten sich für österreichische Unternehmen in Zukunftssektoren wie Wasser- und Umwelttechnologien, erneuerbare Energien insbes. grünem Wasserstoff, Gesundheit, nachhaltige Verkehrsinfrastruktur und digitale Lösungen.

Im Sinne einer breiteren und resilienteren Diversifizierung der Energieversorgung erscheint es auch sinnvoll, die wirtschaftlichen Beziehungen im Energiebereich gezielt und strategisch weiterzuentwickeln, wobei ein ausgewogener Mix unterschiedlicher Bezugsquellen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und Leistbarkeit beitragen kann.

Wachsendes Potenzial der Zusammenarbeit ergibt sich auch im Bereich der forst- und holzbasierten Bioökonomie. Diese fördert regionale Wertschöpfung sowohl in Österreich als auch in den afrikanischen Partnerländern. Begleitet von Wissenstransfers ergeben sich zudem Exportpotenziale

für österreichische Entwicklungen aus biogenen Rohstoffen als Alternative zu fossilen bzw. nicht-erneuerbaren Materialien und Gütern.

Auch Mission 300, die gemeinsame Initiative der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank bietet Kooperationsmöglichkeiten für österreichische Stakeholder. Mission 300, das mit afrikanischen Regierungen, Entwicklungspartnern und dem Privatsektor umgesetzt wird, hat es sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 300 Millionen Afrikanerinnen und Afrikanern Zugang zu bezahlbarer, zuverlässiger und nachhaltiger Elektrizität zu verschaffen, indem Investitionen, dezentrale Energielösungen (wie Mini-Grids und Solar) und lokale Kapazitäten in afrikanischen Partnerländern gefördert werden, um zu wirtschaftlicher Entwicklung und verbesserten Lebensbedingungen beizutragen.

Ergänzend zu den Assoziierungsabkommen mit nordafrikanischen Ländern hat die EU im Kontext des Samoa-Abkommens bzw. des vorhergehenden Cotonou-Abkommens mit bestimmten afrikanischen Ländern bzw. Regionen südlich der Sahara Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA), sowie Abkommen zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen ausverhandelt. Mit diesen handels- bzw. investitionspolitischen Instrumenten sollen die Wirtschaftsbeziehungen mit der EU auf nachhaltige Weise gefördert werden. Sofern es sich dabei um gemischte Abkommen handelt, liegen rasche Ratifikationen im gezielten gesamtösterreichischen Interesse, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Afrika weiter zu stärken.

Ein wichtiger Schritt dazu wurde mit der Errichtung der neuen Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA) gesetzt. Diese wird schrittweise zur wirtschaftlichen Integration der afrikanischen Staaten beitragen und einen afrikanischen Binnenmarkt ermöglichen. AfCFTA schafft damit künftig zusätzliche Anreize für ausländische Investoren in Afrika und eröffnet auch für österreichische Unternehmen neue Marktchancen.

Die Industriestrategie Österreich 2035, sowie die Außenwirtschaftsstrategie der österreichischen Bundesregierung (basierend auf 2018, aktualisiert durch Addendum 2022) zielen darauf ab, die Resilienz der Exportwirtschaft durch Diversifizierung, Nachhaltigkeit (Green Economy) und Digitalisierung zu stärken. Sie fördern den Standort durch Innovation, Qualifizierung, Abbau von Bürokratie und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit in turbulenten geopolitischen Zeiten. Die österreichische Präsenz soll in den Wachstumsmärkten Afrikas gezielt und strategisch nachhaltig ausgebaut werden. Diese Marktdiversifizierung soll nicht nur die Exportwirtschaft allgemein stärken, sondern auch die Resilienz der österreichischen Wirtschaft in Hinblick auf Lieferkettensicherheit und Zugang zu Rohstoffen erhöhen.

Durch wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung in den jeweiligen Kooperationsmaterien der Partnerschaften werden die Internationalisierungsaktivitäten österreichischer Unternehmen nachhaltig gestärkt. Die gemeinsame Erschließung neuer Märkte mit den Partnerstaaten gestaltet umgekehrt den heimischen Standort für ausländische Investitionen attraktiver. Zur weiteren Effizienzsteigerung des internationalen Technologietransfers und damit der Außenwirtschaft sind zukünftig deren Aktivitäten mit jenen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit strategisch abzustimmen. Eine wichtige Partnerin für österreichische Unternehmen in diesem Zusammenhang stellt die Österreichische Entwicklungsbank (OeEB) dar.

Bei der Priorität „Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ wird Österreich

- die Präsenz in den Wachstumsmärkten in Afrika gezielt ausbauen und einen fairen wirtschaftlichen Austausch weiter ausbauen;
- durch bilaterale Abkommen sowie außenpolitische Wirtschaftsinitiativen (z.B. ReFocus Austria, Regierungsinitiative „Best Practice Austria“, etc.) die Vernetzung und Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten und Stakeholdern im Bereich der infrastrukturellen, wirtschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen verbessern;
- die politische Besuchstätigkeit – unter Berücksichtigung von Wirtschaftsangelegenheiten – strategisch und abgestimmt ausbauen;
- bei relevanten afrikanischen Großveranstaltungen Präsenz zeigen und auf die Stärken österreichischer Unternehmen aufmerksam machen;
- das Instrument der Gemischten Wirtschaftskommission des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET) sowie der Gemischten Eisenbahnkommission des Bundesministeriums für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI) gezielt mit ausgewählten Partnerländern nutzen, um Anliegen österreichischer Unternehmen bestmöglich zu unterstützen und die Rahmenbedingungen für diese zu verbessern;
- bestehende Government-to-Government Vereinbarungen des BMIMI gezielt weiterentwickeln und ausbauen, um österreichische Unternehmen in ihren Exportaktivitäten zu unterstützen;
- die Expertise österreichischer Unternehmen im Bereich (Bahn-)Infrastruktur nutzen und basierend darauf nachhaltige Partnerschaften mit afrikanischen Ländern entwickeln, etwa im Rahmen von Government-to-Government Vereinbarungen;
- durch die Internationalisierungsoffensive „go-international“ des BMWET sowie der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) Unternehmen bei der Erschließung afrikanischer Märkte unterstützen;
- fokussierte Unterstützungsleistungen für Unternehmen in den Bereichen Innovation und Technologiezusammenarbeit bereitstellen;
- die Zusammenarbeit mit Drittländern ausbauen, um das Know-how anderer Partnerländer zu nutzen, die in den afrikanischen Markt bereits besser eingebunden sind;
- die Expertise und Netzwerke afrikanischer Diaspora-Gemeinschaften in Österreich gezielt nutzen,
- die Erstellung von Strategien zur nachhaltigen Nutzung von Rohstoffen und allfällig benötigter Rechtsrahmen sowie die Entwicklung von Bergbau-, Aufbereitungs-, Verarbeitungs- und Recyclingkonzepten unterstützen;
- die Implementierung von Sorgfaltspflichten entlang der Lieferketten von „kritischen Mineralien“ unterstützen;
- die Rohstoffdiplomatie (z.B. den Abschluss strategischer Rohstoffpartnerschaften gemäß Masterplan Rohstoffe; Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen) im Einklang mit internationalen Umwelt- und Kernarbeitsnormen in den Abbauregionen ausbauen.
- Bundeshaftungen zur Absicherung von Export- und Investitionsgeschäften durch das BMF im Wege der Oesterreichischen Kontrollbank AG (OeKB) zur Verfügung stellen;
- In Einzelfällen Soft-Loan-Finanzierungen unter Berücksichtigung der budgetären Möglichkeiten unterstützen;

- verstärkt bei der Umsetzung der Global-Gateway-Initiative inklusive Mobilisierung der österreichischen Wirtschaft mitwirken und auf EU-Ebene aktiv für höhere Transparenz sowie für verbindliche Rechenschaftspflichten bei der Umsetzung von Global-Gateway-Projekten einsetzen; die EU-Handels- und Investitionsverhandlungen aktiv mitgestalten und Information und Zugang für österreichische Unternehmen über Teilnahmemöglichkeiten an EU-Investitionsprojekten verbessern;
- die Wirtschaftspartnerschaften der Austrian Development Agency (ADA) für Afrika verstärkt einsetzen;
- die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit (EZA) in ihrer eigenständigen entwicklungspolitischen Funktion stärken und dabei Synergien mit dem österreichischen Privatsektor dort nutzen, wo diese nachweislich dem Entwicklungsziel der Partnerländer dienen und dem Prinzip der Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung (PCSD) entsprechen, um regionale und lokale Wertschöpfung und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen;
- im Rahmen der multilateralen EZA über die Aktivitäten der IFIs zu verbesserten Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche, soziale, nachhaltige und inklusive Entwicklung afrikanischer Staaten und den Ausbau von Governance und Resilienz in Afrika beitragen;
- durch die Entwicklung und Finanzierung von IFI-Programmen, insbesondere mit Fokus auf die Afrikanische Entwicklungsbankgruppe sowie die Weltbankgruppe, die Verbreitung österreichischen Know-hows und österreichischer Technologie sowie die wirtschaftlichen Chancen österreichischer Unternehmen und anderer Stakeholder fördern;
- das Engagement der Oesterreichischen Entwicklungsbank AG (OeEB) in Afrika, insbesondere in den LDCs, nach wirtschaftlichen Kriterien weiter ausbauen;
- Nutzung des Instruments der „African-Austrian Small and Medium-sized Enterprises Investment Facility“ des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), abgewickelt von der OeEB, um Klein- und Mittelbetriebe (KMUs) aus Österreich oder der EU bei ihren Investitionsaktivitäten in Afrika zu unterstützen;
- durch die vom BMWET bereits im Jahr 2017 ins Leben gerufene Multistakeholder-Plattform „SDG Business Forum“ das Markt- und Innovationspotenzial aus der Umsetzung der SDGs in Entwicklungs- und Schwellenländern für die Erschließung von Zukunftsmärkten für österreichische Unternehmen nutzen und dadurch den Beitrag Österreichs zu den SDGs auf Basis der Stärken der österreichischen Wirtschaft erhöhen;
- den von Österreich gemeinsam mit Deutschland und Italien im Kontext der Global-Gateway-Initiative positionierten Wasserstoffsüdkorridor zu nachhaltiger Produktion und Transport von grünem Wasserstoff aus Nordafrika nach Europa weiter konkretisieren;
- bei der geplanten Förderung dualer Ausbildungsmodelle sicherstellen, dass internationale arbeitsrechtliche Standards eingehalten werden und damit menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen unter Berücksichtigung der Bedeutung von sozialem Dialog und Sozialpartnerschaft und unter Einbindung der Gewerkschaften sichergestellt werden;
- bei allen Maßnahmen die Gleichstellungsperspektive besonders berücksichtigen, indem Frauen, u.a. als selbständige Unternehmerinnen, unterstützt und gefördert werden;
- konkrete Kooperationsprojekte auch mit der in Wien ansässigen Organisation der VN für industrielle Entwicklung (UNIDO) in Zusammenarbeit mit den afrikanischen Partnern ausarbeiten, unter anderem auch zur Förderung der Energiewende im Wege der Regionalzentren für nachhaltige Energie.

2.3 Migration und Mobilität

Die Afrikastrategie betrachtet Migration und Mobilität nicht isoliert, sondern im Kontext der großen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit. Die Migrationsursachen auf dem afrikanischen Kontinent sind vielfältig: Arbeit, Bildung, Familiennachzug, Hoffnung auf ein besseres Leben, aber auch nachteilige strukturelle Bedingungen. Langzeitkonflikte, Gewalt, Instrumentalisierung von Migration und bewusste Vertreibung als Teil einer hybriden Kriegsführung, Armut, schwache Regierungsführung aber auch Klimawandel und Umweltzerstörung haben Flucht und Migration vorangetrieben, mit weitreichenden Folgen für die Vertriebenen und ihre Aufnahmegemeinschaften. Diese Umstände und Herausforderungen beobachten wir vor dem Hintergrund eines Bevölkerungswachstums mit enormer Dynamik. Die VN prognostizieren bis Mitte des Jahrhunderts eine Zunahme der Bevölkerung des Kontinents auf über 2 Milliarden Menschen. Insofern ist Migration ein multidimensionales Phänomen, das eines ganzheitlichen Zugangs bedarf. Migrationspolitik ist eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Österreich braucht Mobilität für den Arbeitsmarkt, insbesondere mittels qualifikationsorientierter Mobilität von Hochqualifizierten, orientiert am Bedarf des österreichischen Arbeitsmarkts. Gleichzeitig muss ein Brain-Drain als Konsequenz der Anwerbung ausländischer Fachkräfte vermieden werden.

Österreich setzt sich bilateral, auf EU-Ebene sowie multilateral im Rahmen der dafür zuständigen Institutionen für die Bekämpfung von irregulärer und illegaler Migration, Schlepperei, Menschenhandel, organisierter Kriminalität, Terrorismus und Radikalisierung, für die Stärkung der Stabilität und des Schutzes in den Herkunftsregionen sowie für eine funktionierende Rückführungspolitik ein.

Als ersten Schritt wird sich Österreich auf europäischer Ebene für die vollständige Umsetzung des Asyl- und Migrationspakts durch alle Mitgliedstaaten einsetzen und aktiv an der Weiterentwicklung in diesem Bereich beteiligen. Ein umfassender, partnerschaftlicher Ansatz der EU zu Migration und Entwicklung ist explizit verankert. In Übereinstimmung mit den nationalen Kompetenzen der Mitgliedstaaten sieht dieser - neben der Bekämpfung von Fluchtursachen, irregulärer und illegaler Migration, sowie Schlepperei - Möglichkeiten für legale, sichere, bedarfs- sowie qualifikationsorientierte Mobilität in die EU vor.

Für eine wirksame Bekämpfung irregulärer und illegaler Migration ist eine enge Kooperation mit den afrikanischen Partnern unerlässlich: Es bedarf Abkommen zur Grenzsicherung und Verhinderung von Schlepperei insbesondere mit den direkten Nachbarstaaten der EU. Um organisierte Kriminalität zu bekämpfen und irreguläre und illegale Migrationsströme vor allem auch aus Afrika wirksam zu unterbinden, muss den vielfältigen Migrationsgründen wie Armut, Hunger, Kriege und Konflikte, Instrumentalisierung von Migration, Unterdrückung und Verfolgung, geschlechtsbasierter Gewalt, wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit sowie Klimawandel und Naturkatastrophen effektiv und nachhaltig entgegengetreten werden. Zugleich sollen legale Migrationsmöglichkeiten, etwa mittels qualifikationsorientierter Mobilität, im Rahmen bestehender Rechtsgrundlagen und orientiert am Bedarf des österreichischen Arbeitsmarkts, aufgezeigt werden.

Eine rechtskonforme Rückführungspolitik ist dabei ein unverzichtbarer Bestandteil eines geordneten Migrationssystems und erfordert gesamthafte nationale, europäische und internationale Maßnahmen.

In Migration und Mobilität wird Österreich im Rahmen seines „Whole Of Route“ Ansatzes:

- die Schaffung von Perspektiven vor Ort, insbesondere von Arbeitsplätzen, unterstützen, um wirtschaftliche Alternativen zu Migration nach Europa zu bieten, aber auch den Brain-Drain aus den Herkunftsländern zu reduzieren sowie freiwillige Rückkehr und nachhaltige Reintegration zu intensivieren;
- die Resilienz und Anpassung der Gesellschaften in Herkunfts- und Aufnahmestaaten fördern;
- Beiträge zur Stabilisierung in Herkunfts- und Transitstaaten leisten;
- zur Etablierung und Stärkung von Asyl- und Aufnahmekapazitäten in wesentlichen afrikanischen Erstaufnahme- und Transitstaaten beitragen;
- die Kooperation mit sicheren Drittstaaten bei Schutz, Search and Rescue sowie Migrationsmanagement ausbauen;
- nachhaltige Lösungen für „protracted refugee situations“ unterstützen;
- die Möglichkeiten des Rot-Weiß-Rot-Karten-Systems zur Zulassung von afrikanischen Fach- und Schlüsselkräften weiterhin aufzeigen;
- die kompetitive Vergabe von Mobilitäts- und Studienstipendien für Studien-/ Ausbildungsaufenthalte in Österreich bei gleichzeitiger Prävention von Brain-Drain aus den betroffenen Herkunftsländern fördern;
- im Rahmen von Migrationspartnerschaften von wechselseitigem Nutzen innovative Lösungen in der externen Dimension umsetzen und einen wichtigen Beitrag zur Reduktion irregulärer und illegaler Migration leisten;
- sich für den Abschluss neuer EU- und bilateraler Rückübernahmeabkommen bzw. umfassender und innovativer Migrationsabkommen und Migrationspartnerschaften mit Rückübernahmeverpflichtungen und Hinweis auf Möglichkeiten des legalen Zugangs von Fach- und Schlüsselkräften einsetzen;
- sich für den Abschluss neuer EU- und bilateraler Abkommen zu Grenzschutz und Verhinderung illegaler und irregulärer Migration insbesondere mit EU-Nachbarstaaten einsetzen;
- an Team Europe Initiativen teilnehmen sowie an EU- und internationalen Programmen und Projekten mitwirken, die sowohl irreguläre und illegale Migration, Schlepperei und Menschenhandel als auch gezielte Desinformation effektiv bekämpfen und Zugang zu Schutz und Aufnahme sowie Perspektiven vor Ort schaffen;
- sich weiter aktiv im Rahmen der Migrationsprozesse und -dialoge (beispielsweise Khartum-, Rabat- und Budapest-Prozesse) einbringen, um durch kontinuierlichen Diskurs zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern der Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa neue Impulse zu geben;
- Afrika insbesondere durch präventive Maßnahmen wie Sensibilisierungs- und Informationskampagnen über Gefahren irregulärer und illegaler Migration, alternative Perspektiven in der Region und Möglichkeiten für freiwillige Rückkehr unterstützen;
- den Sonderrepräsentanten des Bundesministeriums für Inneres (BMI) für externe Migrationspolitik in enger Kooperation mit Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA), Bundeskanzleramt (BKA) und anderen betroffenen Ressorts nutzen;

- mehr projektbezogene Kooperation zur Steigerung der Zahl von Rechtshilfefällen, zur Verbesserung der Rechtshilfe und zur Erleichterung von Strafverfolgung im allseitigen Interesse;
- die geschlechtsspezifischen Risiken im Kontext von Migration beachten.

2.4 Bildungs- und Wissenschaftskooperation, kulturelle Zusammenarbeit und Umweltschutz

Zur Kooperation auf dem Gebiet der Bildung und Wissenschaft mit afrikanischen Staaten gehört es, mehr Menschen den gleichberechtigten Zugang zu Berufs- und Hochschulbildung zu ermöglichen, aber auch einen Prozess des nachhaltigen Wirtschaftens und des wirtschaftlichen Wachstums zu fördern, der zu einem strukturellen, institutionellen und sozialen Wandel führen soll.

Der österreichische Ansatz für eine wirkungsvolle kulturelle Zusammenarbeit mit Afrika setzt sich zum Ziel, günstige Bedingungen für die wechselseitige Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu schaffen. Kultur wird dabei als die Gesamtheit der unverwechselbaren geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Eigenschaften verstanden, die eine Gesellschaft oder soziale Gruppe kennzeichnen. Sie umfasst nicht nur Kunst und Literatur, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertesysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen (UNESCO 1982) beinhalten. In vielen afrikanischen Kontexten wird Kultur stark als gelebte Praxis und gemeinschaftliche Ordnung verstanden (z. B.: Sprache, Rituale, performative Formen, Oral History, Community-Strukturen, immaterielles Erbe). Der Fokus des kulturellen Austausches mit Afrika wird daher auf Kultur im weiteren Sinne, wie aber auch im engeren Sinne (z.B.: zeitgenössische Kunst, Kulturinstitutionen, kulturelle Bildung, Kulturerbe, Kulturgüterschutz, sowie Kulturbeziehungen/auslandskulturpolitische Instrumente) liegen.

Kunst und Dialog forcieren inklusive Gesellschaften und schaffen ein Bewusstsein für wichtige Themen wie friedliches Zusammenleben, Geschlechtergleichstellung oder Umwelt- und Klimaschutz. Kultur- und Dialogprojekte bieten zudem zahlreiche Möglichkeiten, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu stärken und die Leistungen von Frauen in Kunst, Kultur und Wissenschaft sichtbarer zu machen. Durch das Netzwerk der österreichischen Auslandskultur in Afrika werden internationale Begegnungen ermöglicht, Grundlagen für Kooperationen geschaffen und Partnerschaften vorbereitet. Die gleiche Zielrichtung verfolgt die Unterstützung von Veranstaltungen in Österreich, die dem Austausch österreichischer und afrikanischer Kultur dienen, insbesondere unter Einbeziehung der afrikanischen Diaspora.

Effektiver Umwelt- und Klimaschutz wiederum stellt die Basis für eine Erhaltung der wertvollen und diversen Lebensräume afrikanischer Länder dar und kann Anreize für einen Verbleib vor Ort schaffen. Die Erhaltung der Biodiversität und der Kampf gegen den Klimawandel und seine Auswirkungen erhöhen die lokale und regionale Resilienz und stellen wichtige Querschnittsthemen in der Kooperation dar. Eine wirkungsvolle Bekämpfung der Armut ist dabei Voraussetzung für nachhaltigen Umweltschutz und die Bekämpfung der Ursachen von Konflikten und Flucht. Einer engen Zusammenarbeit mit den LDCs kommt daher besondere Bedeutung zu.

Österreich nimmt seine Rolle als verlässlicher Partner in der globalen Gesundheitspolitik auf Basis des „One Health“-Ansatzes wahr. Gemeinsame Anstrengungen auf multilateraler Ebene, wie der WHO, insbesondere im Bereich der Pandemieprävention, der globalen Eliminations- und

Eradikationsziele sowie der Immunization Agenda 2030 sind dabei unerlässlich. Auch Initiativen der Europäischen Union zielen darauf ab, nachhaltig die Resilienz im Bereich der Gesundheit und die Reaktion auf Krankheitsausbrüche in den afrikanischen Ländern zu stärken: So wurde in den letzten Jahren die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (European Centre for Disease Prevention and Control - ECDC) und Africa CDC intensiviert und eine offizielle Kooperationsvereinbarung geschlossen. Die Versorgung afrikanischer Staaten mit Arzneimitteln und Impfstoffen ist eine dringende Notwendigkeit für die internationale Gesundheitssicherheit, wobei die Mobilisierung von Privatkapital im Fokus stehen soll.

Nach Angaben des Weltklimarats Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) gehört Afrika zu den Kontinenten, die am stärksten von der Klimakrise betroffen sind. Während Afrika nur für etwa 2 bis 3 % der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich ist, leidet der Kontinent unverhältnismäßig stark unter den Auswirkungen der Klimakrise, wobei die ärmsten Teile der Bevölkerung besonders stark betroffen sind und gleichzeitig nur geringe Kapazitäten zur Bekämpfung der Klimakrise haben. Gleichzeitig hat Afrika die meisten großteils ungenutzten Solarressourcen der Welt und eines der größten zu behebenden Potenziale in puncto Wasserkraft.

Österreich wird in Einklang mit seiner Außenwirtschaftsstrategie, den im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik festgelegten Prioritäten und der Internationalen Klimafinanzierungsstrategie einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der multiplen Krisen (insbesondere Klima, Energie, Biodiversität, Wasser) leisten, die Transformation zu klimaresilienten und klimaneutralen Entwicklungspfaden unterstützen und die Zusammenarbeit diesbezüglich mit afrikanischen Staaten intensivieren.

Im Bereich „Bildungs- und Wissenschaftskooperation, kulturelle Zusammenarbeit und Klimaschutz“ wird Österreich dazu beitragen,

- durch den Austausch von Expertise im Bereich des breiten Spektrums von beruflicher Bildung Beispiele guter Praxis und Innovationen („green skills“) vorzustellen und Projekte der beruflichen Bildung am Bedarf des Arbeitsmarktes orientieren;
- die berufliche Bildung in den Partnerländern stärker am österreichischen Arbeitsmarktbedarf zu orientieren. Dabei soll die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Interessensvertretungen, Zivilgesellschaft, Regierungen intensiviert und Erfahrungen mit dualer Ausbildung genutzt werden;
- im Rahmen von Erasmus+ die internationale Mobilität im Berufsbildungsbereich und im Hochschulbereich mit Afrika zu fördern;
- den Austausch und den Aufbau von Netzwerken durch Praktika, Forschungsaufenthalte, Freiwilligendienste und gegenseitige Kurzaufenthalte von Kunstschaffenden und Expertinnen und Experten zu stärken;
- durch Unterstützung von Bildung und Kapazitätsentwicklung einen substantiellen Beitrag zur Stärkung der Fähigkeiten, Chancen und Kompetenzen der Menschen zu leisten, wodurch auch eine Stärkung von politischer Teilhabe und Chancengleichheit, insbesondere die Gleichstellung von Frauen und Mädchen, gefördert wird;
- „Democracy Labs“ für gesellschaftliche Kohäsion unterstützen;
- den Digitalen Humanismus in Wissenschaft, Forschung und Bildung zu fördern;

- Digitalisierungsprojekte zu fördern, die auf afrikanischen Wissenssystemen und Kulturtraditionen beruhen und das Prinzip der wechselseitigen digitalen Souveränität achten;
- durch Dialogue Residencies sowie interkulturelle und interreligiöse Initiativen die zivilgesellschaftliche Vernetzung zu vertiefen und den Austausch bewährter Praktiken zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen auszubauen;
- durch Dialogue Residencies den Austausch über gemeinsame Herausforderungen und aktuelle globale Entwicklungen, die Entstehung von Koproduktionen und langfristige Partnerschaften sowie Vertrauen zu fördern;
- die Ausbildung von Expertinnen und Experten im Zusammenhang mit existierenden Programmen sowie der Governance von Hochschulsystemen und Hochschulen zu unterstützen;
- das sehr erfolgreiche österreichisch-afrikanische Forschungsnetzwerk „Africa-UniNet“ auszuweiten, um langfristige, stabile Kooperationsbeziehungen zwischen österreichischen und afrikanischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu ermöglichen;
- bestehende Förderprogramme zur Unterstützung von Forschungsprojekten zwischen österreichischen und afrikanischen Institutionen weiterentwickeln;
- die wissenschaftlichen Grundlagen und institutionellen Kapazitäten in den Bereichen Hochschulbildung, Forschung und Management in den Partnerländern durch akademische Partnerschaften mit österreichischen Hochschulen sowie durch Master- und Doktoratsstipendien zu stärken (APPEAR Programm);
- im Rahmen der „European and Developing Countries Clinical Trials Partnership - EDCTP“ Forschungsk Kooperationen zwischen afrikanischen und nationalen Universitäten und Forschungseinrichtungen zu fördern sowie Strukturverbesserungen im Bereich armutsbedingter und vernachlässigter Infektionskrankheiten zu erreichen;
- die Diplomatische Akademie in Wien verstärkt zu nützen und Stipendienprogramme für afrikanische Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu erarbeiten;
- internationale Kontakte im Rahmen der parlamentarischen Freundschaftsgruppen und der Verfassungsgerichtsbarkeit fortzusetzen und Best Practice Beispiele zu teilen; Kulturabkommen zur Förderung der Beziehungen und für einen regelmäßigen persönlichen Austausch zu nutzen;
- österreichische Kunstprojekte aller Sparten auszuweiten, insbesondere im Bereich der zeitgenössischen Kunst;
- „Austria–Africa Cultural Labs“ mit afrikanischen Schwerpunktländern einzurichten;
- durch Stipendien- und Residency-Programme wie FOCUS INTERNATIONAL oder PART International Art Residency Austria künstlerische Praxis, interdisziplinären Diskurs und transnationale Kooperation zu fördern sowie Künstlerinnen und Künstler und Kulturinstitutionen in Österreich und in Partnerländern langfristig zu vernetzen;
- Tätigkeiten des Netzwerks der auslandskulturpolitischen institutionellen Akteure der EU-Mitgliedstaaten, EUNIC, zur Stärkung der Kulturbeziehungen zwischen Europa und Afrika aktiv mitzugestalten;
- die Zusammenarbeit in multinationalen Organisationen, insbesondere zu den Themen kulturelle Vielfalt, Welterbe und immaterielles Kulturerbe, voranzutreiben;
- im Sinne der Vorzugsbehandlungen gem. § 16 der UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der kulturellen Vielfalt Maßnahmen ergreifen, die Zugang zu kulturellen Gütern

und Dienstleistungen sowie Künstlerinnen und Künstlern aus afrikanischen Ländern zum österreichischen Markt erleichtern;

- die Kooperation von Kulturinstitutionen wie Museen, Bibliotheken (insbes. Nationalbibliotheken), Staatsarchiven, Sprachinstituten und Kulturinitiativen aber auch Kunstmessen zu forcieren;
- gemeinsam gegen den illegalen Kulturgüterhandel in Übereinstimmung mit den geltenden Vorschriften und den jeweiligen internationalen Konventionen, die von den jeweiligen Ländern ratifiziert worden sind, vorzugehen;
- die Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnern im Bereich des Schutzes des kulturellen Erbes sowie des Kulturgüterschutzes zu forcieren;
- Vorhaben der Provenienzforschung zur Aufarbeitung kolonialer Vergangenheit in österreichischen Sammlungen im Rahmen der bilateralen und internationalen Kontakte zu stärken; Österreich ist offen für einen diesbezüglichen Austausch mit Diaspora-Gemeinschaften durch weitere Kooperationsformen;
- Forschungen und deren Dokumentation zu besonderen bilateralen historischen Zusammenhängen mit afrikanischen Ländern und ihre verstärkte Sichtbarmachung zu unterstützen (z.B. Programm „Historians in residence“);
- Medienkooperationen zu stärken und junge Journalistinnen und Journalisten zu fördern.

Zur Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels ist Österreich im Bereich „Umweltschutz“ bestrebt,

- eine Priorität auf Klima- und Energie, konkret auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz und nachhaltige Technologien zu legen. Österreich unterstützt afrikanische Partnerländer auf deren Weg zur Energiewende und fördert die Eigenverantwortung vor Ort, die Festlegung von Prioritäten und die langfristige Nachhaltigkeit;
- afrikanische Länder in ihren Ambitionen zur Reduktion von Emissionen weiterhin zu unterstützen;
- weiterhin für ein verstärktes Engagement und konkrete Programme der IFIs in den Bereichen Klimaanpassung, Emissionsreduktion und damit verbundener Kapazitätsentwicklung einzustehen;
- im Rahmen von bilateralen Partnerschaften Klimaprojekte zu entwickeln, die zu einer nachhaltigen Entwicklung und somit dazu beitragen, Verluste und Schäden aufgrund des Klimawandels zu vermeiden oder zu minimieren;
- im Zusammenhang mit seiner internationalen Klimafinanzierungsstrategie ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass alle Finanzströme an den Zielen des Übereinkommens von Paris ausgerichtet sind;
- sein Profilierungsmerkmal bei grüner Energie durch seine Anschubfinanzierung seit 2010 für die Errichtung von mittlerweile vier regionalen Zentren in Afrika für erneuerbare Energie und Energieeffizienz weiter auszubauen;
- die Kooperation mit anderen internationalen Organisationen und Initiativen, insbesondere der International Renewable Energy Agency (IRENA), der International Energy Agency (IEA), Sustainable Energy for All (SEforALL), dem Renewable Energy Policy Network for the 21st Century (REN21) und der Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership (REEEP) auszuweiten;

- weiterhin im Rahmen der budgetären Möglichkeiten Beiträge zum Green-Climate-Fund (GCF), zu der Globalen Umweltfazilität (GEF), zu den Anpassungsfonds und den Finanzierungsvereinbarungen für Verluste und Schäden (inkl. dem bei der VN-Klimakonferenz COP28 beschlossenen Fonds) zu leisten, um so wichtige Fortschritte bei der Emissionsreduktion und der Anpassung an die Klimakrise zu erzielen, die insbesondere den vulnerabelsten Staaten zugutekommen sollen;
- in seinen Aktivitäten auf die Umsetzung von Schutzvorkehrungen („safeguards“) zu achten, um faire Unterstützung zu leisten und potenzielle Konflikte zu vermeiden;
- afrikanische Partnerländer dabei zu unterstützen, eine nachhaltige, soziale und geschlechtergerechte Energiewende voranzutreiben;
- afrikanische Partnerländer dabei zu unterstützen und beizutragen, Natur und Umwelt zu schützen bzw. wiederherzustellen und integriertes Wasserressourcenmanagement und nachhaltige Bewirtschaftung zu fördern;
- die sozialen Folgen des Klimawandels bekämpfen, u.a. beim Aufbau von Sozialschutzsystemen oder der Entwicklung von Maßnahmen zur Klimawandelanpassung.

3 Umsetzung und Evaluierung

- Die Afrikastrategie wird die Position eines/einer Afrikabeauftragten im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten einführen, der/die die Operationalisierung der Strategie vorantreiben soll (z.B. durch Organisation eines österreichischen Afrika-Forums). Hierbei soll im Sinne der verbesserten politischen Kohärenz auf bestehende Expertise in den Ministerien zurückgegriffen werden.
- Als zentrales Instrument zur Umsetzung der Strategie soll der/die Afrikabeauftragte regelmäßig Umsetzungsberichte mit Kennzahlen zu Migration, Wirtschaft und Stabilität vorlegen. Zusätzlich können gesamtstaatliche („Whole-of-Austria“) Zielsetzungen und Lagebildern für Subregionen und Schwerpunktländer erstellt werden auf Basis einer Synchronisierung der Bedarfe und Interessen afrikanischer und österreichischer Akteure erstellt werden.
- Die Finanzierung erfolgt durch die gezieltere Verwendung bereits vorhandener Mittel und punktuelle Schwerpunktsetzungen im Rahmen der Budgetpfade im Einvernehmen mit dem BMF.
- Das Netz der österreichischen Vertretungsbehörden soll bedarfsorientiert kontinuierlich angepasst werden.
- Zudem soll geprüft werden, wie die Expertise an den Botschaften im Bereich der Auslandskultur und der Förderung der deutschen Sprache erhöht und durch die Entsendung von Spezialattachés und Fachexpertinnen und Fachexperten gestärkt werden kann. Ebenso gilt es zu prüfen, wie das derzeitige Netz an AußenwirtschaftsCentern und Koordinationsbüros der österreichischen EZA optimiert und verstärkt werden kann.
- Entsendung von militärischem und zivilem Personal in Krisenmanagementeinsätzen und Missionen der VN und EU sowie Maßnahmen der militärischen Beratung und Unterstützung von Partnerstaaten.
- Im Sinne einer stärkeren Vernetzung sollen auch Städte- und Gemeindepartnerschaften zwischen österreichischen und afrikanischen Städten und Gemeinden zum Austausch von Best Practices und praktischer Zusammenarbeit verstärkt gefördert werden.
- Die Abstimmung mit den internationalen Finanzinstitutionen und der österreichischen Wirtschaft im Hinblick auf österreichische Beteiligungen an großen Infrastrukturprojekten und Investitionsgüterbeschaffung soll intensiviert werden.

Der Strategieprozess

Um einen umfassenden Ansatz und eine breite Akzeptanz der Afrikastrategie sicherzustellen, wurden die Fachressorts sowie relevante Institutionen und Akteurinnen und Akteure konsultiert. Wesentliche Beiträge zur Strategie stammen zudem aus den Besuchen österreichischer Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter in afrikanischen Ländern und Gesprächen mit den jeweiligen Amtskolleginnen und Amtskollegen auf Ministerebene, sowie dem Austausch mit den in Wien akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter der afrikanischen Staaten und bilateralen politischen Dialogen mit einer wachsenden Anzahl von Ländern. Es wurden intensive Dialoge mit der österreichischen Wirtschaft, Künstlerinnen und Künstler, der Zivilgesellschaft, der Diaspora und Jugend geführt. Der Dialog mit der Zivilgesellschaft in den afrikanischen Ländern

wird fortgesetzt. Die angestrebte enge Partnerschaft zwischen Österreich und Afrika soll selbst einen Prozess widerspiegeln, der über die inhaltliche Ebene vertieft werden soll.

Glossar

ADA	Austrian Development Agency
AfCFTA	Afrikanische Kontinentale Freihandelszone
AU	Afrikanische Union
BKA	Bundeskanzleramt
BMEIA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMWET	Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus
BMIMI	Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
COP	VN-Klimakonferenz
ECDC	European Centre for Disease Prevention and Control
EDCTP	European and Developing Countries Clinical Trials Partnership
EFF	Europäische Friedensfazilität
EU	Europäische Union
EUNIC	European Union National Institutes for Culture
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
GCF	Green-Climate-Fund
GEF	Globale Umweltfazilität
GSVP	Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
HDP-Nexus	Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung
IACA	Internationalen Anti-Korruptionsakademie
IEA	International Energy Agency
IFI	Internationale Finanzinstitutionen
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change, Weltklimarat
IRENA	International Renewable Energy Agency
KMU	Klein- und Mittelbetriebe
LDC	Least Developed Country, am wenigsten entwickeltes Land
NDICI	Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit der EU
ODA	Official Development Assistance, Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OeEB	Oesterreichische Entwicklungsbank AG
OeKB	Oesterreichische Kontrollbank AG
PIDA	Programme for Infrastructure Development in Africa
REC	regionale Wirtschaftsgemeinschaft
REEEP	Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership
REN21	Renewable Energy Policy Network for the 21 st Century
SDG	Sustainable Development Goals/Nachhaltige Entwicklungsziele
SEforALL	Sustainable Energy for All
UNCAC	Übereinkommen der VN gegen Korruption
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
VN	Vereinte Nationen
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
WMO	Weltorganisation für Meteorologie
WPA	Wirtschaftspartnerschaftsabkommen